Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 42 (1948)
Heft: 1

Artikel: Zur politischen Diskussion : das grosse Friedenshindernis
Autor: Kramer, Hugo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139065

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Antwort: Nein, um mit ihm zu streiten, bis alle Reiche der Welt Gottes geworden sind und seines Christus.

Frage: Steht das in der Bibel?

Antwort: Es steht nicht ausdrücklich dort, aber es entspricht sicher ihrem Sinn. Denn in dem lebendigen Gott und Christus ist alles lebendig — alles Ein Reich. (Fortsetzung folgt.)

Zur politischen Diskussion

Das große Friedenshindernis

I.

Der Aufsatz von Pfarrer Trautvetter «Das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion – und der Welt» ist ein bemühendes Beispiel dafür, wie man, von tiefsten Wahrheiten ausgehend und zu höchsten Zielen strebend, dennoch gänzlich irregehen kann, wenn man die gegebene Lage, in der wir zum Handeln berufen sind, mit einem durch Vorurteil und Leidenschaft getrübten Blick anschaut.

Pfarrer Trautvetter stellt sich hier erneut und in aller Form den vielen, allzuvielen an die Seite, die die Sowjetrussen dafür verantwortlich machen, daß die Weihnachtsbotschaft vom Frieden auf Erden, die wir soeben wieder vernommen haben, nicht Wirklichkeit werden könne, weil sie eben keine «Menschen guten Willens» seien. Während es ihm «aufs tiefste widerstrebt», hinter dem Marshall-Plan «schlechte Motive zu vermuten» (die ich ja auch nicht dahinter suche), macht er es sich beinahe zur Regel, den Russen immer gerade die schlechtesten Motive nachzusagen. Er wirft ihnen vor, daß sie eine Kriegsgefahr nur «vorgaukeln», ja absichtlich heraufbeschwören, lediglich um die innere Diktatur zu rechtfertigen. Und er klagt sie im besondern an, mit voller Absicht den Apparat der Vereinten Nationen zu sabotieren und die kollektive Sicherheit zu hintertreiben, also tatsächlich *den Völkerfrieden zu verhindern* – sie und nur sie oder doch vor allem sie.

Ich könnte mich eigentlich mit diesem letzten Vorwurf fast einverstanden erklären – sofern nämlich eine kleine Änderung an seinem Wortlaut angebracht würde. Statt: «Die Russen verhindern den Völkerfrieden», würde ich lieber sagen: Sie verhindern den *amerikanischen*, und das heißt für sie den *kapitalistischen* Frieden. Der Unterschied ist wesentlich. Wie bei allen solchen allgemeinen Behauptungen müssen wir auch hier, um saubere Begriffe zu gewinnen, ganz konkret denken. Man spricht ja auch immer ganz allgemein und abstrakt vom «Staat», von den «staatserhaltenden» Parteien, von den «Staatsfeinden» usw. – und übersieht nur zu gern, daß es sich in Wirklichkeit um den *gegebenen*, den *bürgerlichen* Staat und die Stellung der Klas-

sen und Parteien zu ihm handelt. Man verteidigt «die Ordnung» und brandmarkt den «Umsturz», wo doch in Wahrheit nur die *kapitalistische* Ordnung und *ihre* Umwälzung gemeint sind. Man preist die «nationale Einheit» und das hehre Ziel einer «Volksgemeinschaft», das leider nicht erreicht werden könne, weil die Apostel des Klassenkampfes es sabotierten und das Volk in feindselige Klassen und Parteien auseinanderrissen – und ist blind für die Tatsache, daß es tatsächlich der Besitz- und Erwerbstrieb ist, der jede echte Volksgemeinschaft unmöglich macht, und daß es vorzüglich *ihn* zu bändigen gilt, wenn wir von der sozialen Anarchie zur sozialen und nationalen Ordnung kommen wollen.

Das alles sind für uns höchst elementare Erkenntnisse, an die zu erinnern man sich fast scheut. Und doch *muß* es geschehen, weil man sie offenbar ganz vergißt, wenn es sich darum handelt, die Folgerungen für die *internationalen* Angelegenheiten daraus zu ziehen. Hier soll ja plötzlich die harte Tatsache, daß wir in einer Welt der sozialen Anarchie und der heftigsten Klassengegensätze leben, keine entscheidende Rolle mehr spielen. Da leugnet man ganz einfach, daß der Kapitalismus an der Erzeugung von Völkerkonflikten und Kriegen ausschlaggebend beteiligt sei. Da redet man wieder ganz abstrakt vom Frieden als einem «au-dessus de la mêlée» schwebenden, von dem gewaltigen sozialen Kampf unserer Zeit unabhängigen Ideal und klagt diejenigen an, die aus bösem Willen «*den* Frieden» sabotierten – ohne daß man sich fragte, *welcher* Friede es denn eigentlich sei, der hier erstrebt oder sabotiert werde.

Ich habe das in meiner Dezember-Rundschau als *liberalistische* Denkweise bezeichnet; man könnte auch sagen: Es ist diejenige Ideologie, die dem besitzenden Bürgertum geradezu auf den Leib geschnitten ist. Auf jeden Fall nähert es sich der naiv-populären Anschauungsweise aller derjenigen, die, instinktiv auf dem Boden der herrschenden Ordnung stehend und unfähig, sich eine grundsätzlich andere Ordnung auch nur vorzustellen, der Meinung sind, es sei nur Bosheit und schlechte Absicht, was die Völker verhindere, im Innern und nach außen den Frieden zu finden.

Wie sehr diese ganze Art, die Welt anzuschauen, klaren Tatsachen widerspricht, habe ich im letzten Heft ganz knapp auseinanderzusetzen versucht; ich komme darauf nicht zurück. Hingegen macht es der neue Aufsatz von Pfarrer Trautvetter höchst nötig, darauf hinzuweisen, wie unverlierbar tief den *Russen* diese Tatsachen eingeprägt worden sind, und wie sie, über alle marxistischen Theorien hinaus, einen dreißigjährigen furchtbaren Anschauungsunterricht darüber empfangen haben, daß Kapitalismus und bürgerlicher Klassenkampf grundsätzlich auch *Krieg* bedeuten, und daß eine wirkliche Rechts- und Friedensordnung unter den Völkern ohne Abkehr von der mörderischen Herrschaft der Geldmächte unmöglich ist.

II.

Beginnen wir mit den *Interventionskriegen*. Pfarrer Trautvetter sucht sie zu entschuldigen, wenn nicht zu rechtfertigen, indem er behauptet, sie seien ursprünglich kein Angriff der kapitalistischen Welt auf die junge sozialistische Revolution gewesen, sondern erst durch den Separatfrieden von Brest-Litowsk ausgelöst worden, der «eine tödliche Bedrohung für die im Kampfe stehenden Demokratien» dargestellt habe.

Beide Behauptungen sind falsch. Die Intervention Englands und Frankreichs begann bereits *vor* den Friedensverhandlungen mit Deutschland, ja auch ein Vierteljahr *vor* der Übernahme der Regierung durch die Bolschewiki, nämlich durch die Unterstützung, die der gegenrevolutionäre Staatsstreichversuch des Generals *Kornilow* durch die Westmächte erfuhr. Mag auch *ein* Beweggrund für diese Unterstützung in der Sorge um die Kriegführung gegen die Deutschen bestanden haben, so war doch von Anfang an auch das rein gegenrevolutionäre Motiv bei den Westalliierten sehr stark wirksam. Bei Kornilow stand es auf jeden Fall im Vordergrund; und was den Krieg gegen die Deutschen betrifft, so drohte Kornilows «rechte Hand», der General Lukomski, ganz offen, den Deutschen die Front zu öffnen, damit die «weißen» Truppen alle gegen die schlappe Regierung Kerenski eingesetzt werden könnten, die mit den Roten nicht selbst aufzuräumen vermöge. Kornilow war, wie man zutreffend gesagt hat, wirklich der Franco der russischen Republik, und die Regierungen Frankreichs und Englands spielten dabei eine ähnliche Rolle wie Hitler und Mussolini beim Aufstand der Generäle gegen die bürgerliche spanische Republik.

Als dann die Bolschewiki die Macht ergriffen, intervenierten die Westmächte bis zum Frieden von Brest-Litowsk nicht mehr. Sie boykottierten wohl wirtschaftlich und politisch die Sowjetrepublik, aber auf ein bewaffnetes Eingreifen verzichteten sie nach den Erfahrungen, die sie mit Kornilow gemacht hatten. Dies um so mehr, als es im Interesse der Kriegführung gegen die Deutschen gelegen hätte, die Bolschewiki nicht zu bekämpfen, sondern sie zu *unterstützen*. Lenin selbst bot den Westmächten die Zusammenarbeit im Kampf mit den Deutschen an, wenn sie ihm hülfen, die Rote Armee kriegstüchtig zu machen. Bruce Lockhart, der damalige britische Geschäftsträger in Petersburg, berichtete nach London, Lenins Angebot sei ernst gemeint, und sämtliche diplomatischen und militärischen Vertreter der Alliierten seien für dessen Annahme. Hinter den Gegnern der Bolschewiki, so stellten sie fest, stehe keinerlei militärische Macht mehr (Kerenskis Offensive war ja völlig zusammengebrochen); die Roten allein seien vielleicht noch fähig, militärischen Widerstand gegen die Deutschen zu leisten; die Unterstützung der «Weißen» durch die Alliierten aber drohe nur die Bolschewiki in die Arme der Deutschen zu treiben.

In der Sitzung des britischen Kriegskabinetts vom 22. Januar 1918 anerkannte Außenminister Balfour denn auch das Gewicht dieser Gründe; «von dem Gesichtspunkt aus», so bemerkte er, «daß man einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Deutschland hinausschieben und die Versorgung der Deutschen von Rußland aus abstellen müsse, läge die Annahme nahe, daß die Bolschewiki besser geeignet wären, eine solche Politik durchzuführen, als irgendeine andere Partei in Rußland». In der gleichen Sitzung wurden auch Äußerungen des früheren britischen Botschafters in Petersburg, Buchanan, zitiert, wonach die Sozialrevolutionäre «für die Deutschen weniger lästig» seien als die Bolschewiki, da sie «kein Rückgrat» hätten und «auf jeden Fall mehr auf einen Sonderfrieden mit Deutschland aus seien als die Bolschewiki». Buchanan war trotzdem gegen eine Zusammenarbeit mit der Regierung Lenins; er würde, so sagte er, «lieber einen Bruch (mit den Bolschewiki) sehen, als eine großzügige bolschewistische Propaganda in unserem Land ermöglichen, da eine solche Propaganda gefährlich wäre und alle die Leute anziehen müßte, die nichts zu verlieren haben».

Balfour schloß sich dieser Meinung an und fügte bei, daß nach seinen Informationen auch in Deutschland die Revolutionsgefahr wirklich ernst sei. Braucht es noch einen weiteren Beweis dafür, daß für die Westmächte bei ihrem Verhalten gegenüber Rußland nicht die Sorge um die Kriegführung gegen Deutschland im Vordergrund stand, sondern die Sorge um die Ausbreitung der Revolution? Zu behaupten, die westmächtliche Intervention in russische Angelegenheiten sei erst durch den Sonderfrieden von Brest-Litowsk hervorgerufen worden, widerspricht jedenfalls offenkundigen Tatsachen. Nicht der Friedensschluß von Brest-Litowsk hat die Interventionskriege herbeigeführt, sondern die westalliierte Entschlossenheit zur Intervention gegen das revolutionäre Regime und die Weigerung Englands und Frankreichs, die Sowjets gegen die Deutschen zu unterstützen, hat umgekehrt die Bolschewiki gezwungen, die deutschen Friedensbedingungen anzunehmen. Man mag die Friedenspolitik der Bolschewiki billigen oder ablehnen; auf alle Fälle muß man sachlich und unvoreingenommen die ganze Lage würdigen, in der sie sich damals befanden: die verzweifelte Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes, die völlige Zerrüttung der russischen Armee, die erdrückende Übermacht der Deutschen, die politische Feindseligkeit der Westmächte, die keine Zusammenarbeit mit der Revolutionsregierung wollten, den Mißerfolg der Oppositionsbewegung in Deutschland, auf deren Durchdringen Lenin und Trotzki ursprünglich gehofft hatten. All das einfach zu verkennen und von einer «unbekümmert egoistischen Außenpolitik der Bolschewiki» zu reden, die sich ein Deut um die internationale Lage gekümmert hätten, geht schlechterdings nicht an, sofern man sich um ein geschichtlich gerechtes Urteil über Lenin und seine Mitarbeiter bemüht.

Nach dem Frieden von Brest-Litowsk trat für die Westmächte die Rücksicht auf den Krieg gegen Deutschland bei ihrer Rußlandpolitik vollends in den Hintergrund. Es war *so* wenig das Ressentiment gegen die Bolschewiki als Unterzeichner des Sonderfriedens, das die bewaffnete Intervention Englands und Frankreichs in erster Linie bestimmte, daß die beiden Westmächte durch diese Intervention den vom Süden her immer noch gegen Rußland operierenden Deutschen geradezu in die Hände arbeiteten. Ja, wenn man auf die *Worte* der alliierten Staatsmänner abstellt, dann hat ihrem Krieg gegen die revolutionäre Sowjetrepublik allerdings niemals die Absicht zugrunde gelegen, sich in die inneren Verhältnisse Rußlands einzumischen. Aber wer sich daran gewöhnt hat, den Politikern weniger auf den Mund als auf die *Finger* zu sehen, der ist sich nicht im unklaren darüber, daß es in erster und letzter Linie der *Haß gegen die soziale Revolution* ist, der das Verhalten der Westmächte gegenüber der kommunistischen Sowjetrepublik von Anfang an bestimmt hat.[1]

Nun bemüht sich Pfarrer Trautvetter zwar, auch diesen Haß zu rechtfertigen; denn was in der bolschewistischen Revolution durchgebrochen sei, das sei ja überhaupt kein wirklicher Sozialismus gewesen, sondern «ein Sozialismus des Blutes, des Terrors, der Bedrückung und Ausrottung von Millionen», und das Bürgertum habe von seinem Standpunkt aus eigentlich ganz recht, wenn es sich «gegen seine gewaltsame Liquidierung wehre».

Aber auch diese Behauptungen sind irreführend. Einmal war der Sozialismus der russischen Bolschewisten keineswegs von Anfang an ein solcher des Blutes und des Terrors. Ich bitte, Lenins am Vorabend der Oktoberrevolution abgeschlossene Schrift «Staat und Revolution» nachzulesen und sich wieder einmal Rechenschaft davon zu geben, mit wie wenig Gewaltanwendung nach der Ansicht der Führer der Kommunistischen Partei die Revolution und der sozialistische Staat hätten auskommen sollen. Ich erinnere auch daran, daß Lenin im Sommer und Herbst 1918 zweimal an die Rechtssozialisten herantrat mit Vorschlägen dafür, wie die sozialistische Revolution ohne jedes Blutvergießen zu bewerkstelligen sei, und wie die Gegensätze zwischen ihnen und den Bolschewiki auf dem ordentlichen parlamentarisch-demokratischen Weg ausgetragen werden könnten. Wenn diese Absicht vereitelt wurde, so wesentlich wegen der Rückgratlosigkeit und Handlungs-

---

[1] Man begreift die gegenrevolutionäre Politik der Westmächte besonders gut, wenn man an die gewaltigen kapitalistischen Interessen denkt, die sie in Rußland hatten. Das Zarenreich war mit seinen Schätzen an Holz, Kohle, Gold und Öl und mit seinen idealen Möglichkeiten zu einträglicher Kapitalanlage tatsächlich eine Halbkolonie des britischen, französischen und deutschen Kapitalismus gewesen. Das Russische Jahrbuch für 1918 schätzte allein die englisch-französischen Kapitalanlagen in Rußland auf annähernd 1,6 Milliarden Pfund Sterling; das waren damals etwa 40 Milliarden Schweizerfranken.

unfähigkeit der Rechtssozialisten (ihre jämmerliche Schwäche gegenüber dem Abenteuer Kornilow überzeugte die Bolschewiki endgültig von der Notwendigkeit einer gewaltsamen Machtergreifung) und wegen der bewaffneten Intervention der Westmächte, die sich vom Sommer 1918 ab immer deutlicher abzeichnete. Und je blutiger die Gegenrevolution, um so blutiger auch die Antwort der um ihr Leben kämpfenden Revolution. Die alte Wahrheit, daß die Gewalttätigkeit der Herrschenden in erster Linie verantwortlich ist für die Gewalttätigkeit der Aufrührer, bestätigt sich auch hier.

Der Versuch, die bewaffnete Intervention der kapitalistischen Westmächte zu rechtfertigen, ist um so verfehlter, als sich die bolschewistische Revolution ja gar nicht gegen die «gewaltsame Liquidierung» des *westlichen* Bürgertums richtete. Wenn die kommunistischen Revolutionäre Propaganda auch im *Ausland* trieben, so mußten sie gewiß auf die Zurückweisung dieser Propaganda durch das davon bedrohte Bürgertum gefaßt sein; was hatten aber die kapitalistischen Klassen des Westens in *Rußland* zu suchen? Gilt hier das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht mehr? Oder haben die herrschenden Klassen eines Landes wirklich das Recht, im Geiste der Heiligen Allianz (die ja auch die liberale Schweiz ersticken wollte) mit Waffengewalt einzuschreiten, wenn ihre Standesgenossen im Ausland entmachtet werden? Nein, nein, die von Pfarrer Trautvetter ins Feld geführte «bürgerliche Solidarität» ist nie und nimmer, so wenig wie die Beseitigung der Ausbeutung Rußlands durch das ausländische Kapital, ein Rechtstitel oder auch nur ein anerkennenswerter Grund dafür, daß im Laufe von vier Jahren vierzehn Regierungen Armeen aussandten, um die Sowjetrepublik zu bekriegen und auf dem Boden Rußlands Verwüstungen anzurichten, als deren Folge fünf bis zehn Millionen Menschen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen, von allen übrigen Folgen dieser Kriege gar nicht zu reden. Die gegenrevolutionären Interventionskriege gegen die Sowjetunion sind und bleiben ein ungeheures Verbrechen der kapitalistischen Welt an Rußland, und im russischen Volk ist die Erinnerung daran bis auf den heutigen Tag lebendig und frisch geblieben. Solch ein Erlebnis formt die Haltung eines Volkes auf Generationen hinaus!

Und im übrigen: wenn die bürgerlichen Demokratien einen solchen Abscheu vor den Gewaltmethoden ausländischer Regierungen hatten, daß sie dagegen unbedingt mit Heeresmacht eingreifen mußten, warum haben sie dann nicht auch gegen den Nazismus und Faschismus eingegriffen? Warum haben sie im Gegenteil die «Nichtintervention» gegenüber diesen Gewaltsystemen zum Grundsatz erhoben? Warum haben sie beispielsweise nicht die glänzende Gelegenheit ergriffen, um ohne Blutvergießen, einfach durch Sperrung der Ölzufuhr während des Abessinienkrieges, dem italienischen Faschismus einen tödlichen Schlag zu versetzen? Warum zogen sie Hitler groß und hielten ihm

jede Gefährdung von außen fern, bis er stark genug war, um sie selbst anzufallen? Die Antwort kann immer nur lauten: weil sich die Oberklassen der Westmächte mit dem Faschismus solidarisch fühlten und gleichzeitig hofften, seinen «Dynamismus» auf die Sowjetunion ablenken zu können. An dieser Feindseligkeit der führenden Schichten Großbritanniens und Frankreichs gegen die soziale Revolution, *daran* scheiterte der Versuch, im Rahmen des Völkerbundes eine Ordnung der *kollektiven Sicherheit* gegen kriegerische Angriffe aufzubauen, nicht an irgendeiner Sabotagepolitik der Sowjetunion, die vielmehr zur Hauptvorkämpferin einer Politik internationaler Solidarität gegenüber Friedensbrechern wurde. Die Aufrichtigkeit der russischen Friedenspolitik anerkannte kein Geringerer als Lord Robert Cecil, der später feststellte (und sein Wort ist in den «Neuen Wegen» schon einmal, im Novemberheft 1944, von Leonhard Ragaz zitiert worden):

«Wir wissen, daß der alte Völkerbund den Krieg nicht verhindern konnte, und zwar in erster Linie darum, weil die Mächte, die über die größte Kraft verfügten, diese nicht zur Verhinderung des Krieges einsetzten. Nach meiner Ansicht versagten alle Großmächte, *mit Ausnahme Rußlands.* Es ist ganz zweifellos, daß Rußland von dem Augenblick an, wo es dem Völkerbund beitrat, nur für den Frieden arbeitete. Ich erachte es als eine Anstandspflicht, die Weltöffentlichkeit daran zu erinnern, daß sich Litwinoff in Genf, gerade im Krisenfrühling 1938, durch seinen Vorschlag, der Völkerbund müsse unverzüglich die durch Deutschlands Verhalten geschaffene Bedrohung überprüfen, auf die entscheidendste Weise für den Frieden einsetzte. *Hätte man damals den ernsten Vorschlag des russischen Staatsmannes angenommen, dann wäre es nie zum Kriege gekommen,* oder jedenfalls in einer anderen Form, als er sie dann angenommen hat.» (Auszeichnung von mir. H. K.)

Wenn also Pfarrer Trautvetter meint, das Furchtbare, das Hitler dem russischen Volke angetan, sei «doch wohl nicht auf das Konto des Westens zu setzen», so muß ihm auch hier des entschiedensten widersprochen werden; es *ist*, mindestens zu einem ganz erheblichen Teil, auf das Konto des Westens zu setzen, der die von Rußland geforderte Politik der kollektiven Sicherheit sabotiert und damit den Weg für Hitlers Angriff vom September 1939 freigemacht hat, während die Sowjetunion, bis zum Zynismus von den westlichen «Demokratien» enttäuscht, ihre Sicherheit fortan – insbesondere nach München – eben auf eigene Faust suchte.

III.

Es ist begreiflich, daß Pfarrer Trautvetter diesen Sachverhalt nicht anerkennen will, könnte er dann doch seine eigene These nicht aufrechterhalten, daß es umgekehrt *Rußland* gewesen sei, das – durch seinen Pakt mit dem Dritten Reich von Ende August 1939 – den zweiten Weltkrieg möglich gemacht und damit «eines der grauenvollsten Beispiele von Verrat, die in der ganzen Weltgeschichte vorgekommen sind», geliefert habe. Mochte man in jenen Spätsommertagen des Jahres 1939 auf Grund des Augenscheins wirklich so zu urteilen ge-

neigt sein – auf Grund unseres heutigen Wissens um die wirklichen Zusammenhänge geht das redlicherweise nun einfach nicht mehr an. Ohne damit die Entscheidung der Sowjetunion einfach für richtig zu erklären (ich könnte mir einen anderen Ausweg aus der Zwangslage vorstellen, in die der Kreml durch die verhängnisvolle Politik der Chamberlain, Daladier usw. gedrängt worden war), muß ich doch freimütig zugeben, daß für den Abschluß eines sowjetischen Vertrages mit dem Dritten Reich viel stärkere und plausiblere Gründe sprachen, als es die nach dem «Verratsschema» arbeitende landläufige sowjetfeindliche Propaganda wahr haben will. Man überdenke einmal ruhig die damalige Lage, wie sie etwa ein so ernster Forscher wie der amerikanische Historiker Professor Fr. L. Schuman in seinem Buche «Soviet Politics at home and abroad» darstellt:

«Bei der Abwägung der Gefahren und Vorteile der verschiedenen Möglichkeiten im Jahre 1939 wurden die Männer in Moskau abwechselnd von Hoffnung und Furcht hin- und hergeworfen. Sie erhofften eine starke antifaschistische Koalition, an deren Aufbau sie jahrelang arbeiteten. In Ermangelung einer solchen erhofften sie wenigstens ein Kräftegleichgewicht unter den hauptsächlichen bürgerlichen Staaten. Sie fürchteten vor allem eine Koalition sämtlicher Mächte gegen die Sowjetunion. Sie fürchteten fast ebensosehr einen Angriff der faschistischen Mächte bei gleichzeitiger Neutralität der Demokratien, das heißt einen Krieg ohne Verbündete gegen die furchtbarsten unter den übrigen Mächten. Ihre erste große Hoffnung wurde durch die Münchner zerstört, deren Haltung die schlimmsten und ersten Befürchtungen der Sowjets bestätigte. Ihre letzte Haupthoffnung lag noch immer im Bereiche des Möglichen. Sie beförderten oder ersehnten keinen Krieg zwischen der Achse und dem Westen. Aber vom Standpunkte der Sicherheit der Sowjetunion aus wäre ein solcher Krieg einem faschistischen Angriff auf die Sowjetunion, dem Paris, London und Washington wohlgefällig zugeschaut hätten, unendlich vorzuziehen gewesen.

In der Theorie hätte der Kreml, wie die amerikanische Bundesversammlung, seine Aktion darauf beschränken können, in jedem etwa ausbrechenden Konflikt seine unparteiische Neutralität zu erklären. Moskau hätte dadurch das Odium eines förmlichen Paktes mit Hitler vermieden. In der Praxis hätte aber die Gefahr einer solchen Haltung ihre ideologischen Vorteile überwogen. Trotz den verwickelten Verhandlungen in der zweiten Hälfte August ist es jetzt klar, daß *die obersten Nazi-führer gegen den 15. August 1939 unwiderruflich beschlossen hatten, in Polen einzumarschieren.* (Von mir hervorgehoben. H. K.) Am 1. August vermerkte Ciano in seinem Tagebuch, daß nach Aussagen Attolicos in Berlin (des italienischen Botschafters. H. K.) gegen den 15. August ‚ein plötzlicher Entschluß gefaßt werden würde'. Ciano besprach sich mit Hitler und Ribbentrop in Salzburg vom 11. bis 13. August. Über ihre Zusammenkünfte schrieb er: ‚Ribbentrop ist ausweichend ... Die Kampfentschlossenheit ist unversöhnlich. Er verwirft jede Lösung, die Deutschland Genugtuung geben und den Kampf vermeiden könnte. Ich bin sicher, daß die Deutschen, auch wenn sie viel mehr erhielten, als sie forderten, trotzdem angreifen würden, weil sie vom Zerstörungsdämon besessen sind ... Da ist nichts mehr zu machen. Hitler hat beschlossen loszuschlagen, und er *wird* losschlagen.'

Das Tagebuch Cianos entkräftet die von Kritikern der Sowjetpolitik lebhaft vertretene Ansicht, Berlin habe den Einfall in Polen beschlossen, weil sich Moskau durch den Pakt vom 23. August zur Neutralität verpflichtet habe. *Moskau unterzeichnete im Gegenteil den Pakt, weil Berlin bereits den Einfall in Polen beschlossen hatte,* und weil sich Paris und London, obwohl der Gefahr für Polen völlig bewußt,

immer noch weigerten, die Bedingungen der Sowjetregierung für ein Bündnis anzunehmen. (Auszeichnung von mir. H. K.)

Die Münchner wußten, was die Folgen ihrer Entscheidung sein würden. Einige zogen es vor, Polen im Stich zu lassen. Andere zogen es vor, die Gebärde einer Kriegserklärung zu machen. Alle zogen die Vernichtung Polens einer Verteidigung Polens durch die Sowjetunion vor. Alle hofften, daß die Folge ein Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion sein werde. Hitler, Ribbentrop und die meisten ihrer Kollegen nahmen an, Paris und London würden, wenn es darauf ankomme, Warschau ebenso preisgeben, wie sie Tschungking, Addis Abeba, Madrid, Wien und Prag preisgegeben hatten. Eine Mehrheit des Politbureaus teilte wahrscheinlich diese Meinung. Wie nahe sie der Wahrheit kam, erwies sich durch Bonnets Manöver am 1. und 2. September, unmittelbar nach dem Einfall in Polen. Daß am 3. September Daladier, Halifax und Chamberlain gegen ihn obenauf schwangen, macht die ursprüngliche Annahme einer Preisgabe Polens nicht unglaubwürdig.

Unter diesen Umständen wäre es von der Sowjetunion selbstmörderischer Wahnsinn gewesen, sich gegenüber der polnischen Regierung, die alle Sowjethilfe verschmähte, zur Hilfeleistung zu verpflichten oder gegebenenfalls gegen die Angreifer einzuschreiten. Nur seine Neutralität zu erklären, hätte aber für Moskau bedeutet, daß entweder die Nazi ganz Polen besetzt hätten, eine für die Sowjetunion aufs äußerste gefährliche Möglichkeit, oder daß Rußland hätte verspätet doch noch militärisch eingreifen müssen, und das hätte die schwerste aller Gefahren heraufbeschworen: einen deutsch-russischen Zusammenstoß mit Paris und London als passiven Zuschauern ... Der Kreml wählte das kleinere Übel.»

Soweit Professor Schuman. Es heißt angesichts der hier im Kerne richtig geschilderten Sachlage die Dinge einfach auf den Kopf stellen, wenn man behauptet, Stalin habe sein Abkommen mit Hitler getroffen, weil ihm dieser einen Teil Polens versprochen habe. In Wahrheit wußte Stalin (und der frühere amerikanische Staatssekretär Byrnes bestätigt es in seinem Buche «Speaking frankly»), daß Hitler Polen *auf jeden Fall* angreifen und soviel davon besetzen würde, als ihm nur möglich wäre. So hatte der Kreml wirklich nur mehr die Wahl, die deutschen Armeen bis unmittelbar an die russische Grenze herankommen zu lassen oder aber sie sich durch eigene Besetzung Ostpolens (das übrigens von Russen bewohnt war) wenigstens noch ein paar hundert Kilometer weit vom Leibe zu halten. Die Westmächte sind die allerletzten, die ein Recht hätten, die Sowjetunion anzuklagen, weil sie sich – dem üblichen militärpolitischen Denken entsprechend, das ich nicht verteidige – für die Besetzung des ostpolnischen Aufmarschraumes gegen Rußland entschied. Sie haben alles getan, um dem Kreml *diese* Lösung aufzunötigen.

Auch der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau, Davies, bezeugt, daß die Sowjetregierung bereit war, Polen gegen Hitler zu Hilfe zu kommen (so wie sie schon zur Hilfeleistung an die Tschechoslowakei bereit gewesen war), daß sie aber durch Polens Weigerung, russische Hilfe anzunehmen, und durch die hinhaltende Taktik der Kabinette von London und Paris zur Verständigung mit dem Dritten Reich gezwungen wurde. In einem Brief an Harry Hopkins, den Berater Roosevelts, stellt er am 18. Juli 1941 abschließend fest:

«Den ganzen Frühling 1939 hindurch erstrebten die Sowjets ein endgültiges Abkommen, das auf eine Einheitsaktion und eine Koordination der militärischen Pläne, um Hitler aufzuhalten, abzielte. Großbritannien ... weigerte sich, Rußland die gleichen Schutzgarantien in bezug auf die Baltischen Staaten zu geben, die Rußland Frankreich und Großbritannien für den Fall eines Angriffes auf Belgien und Holland gab. Die Sowjets bekamen so die Überzeugung, und mit erheblichem Recht, daß mit Frankreich und Großbritannien keine wirksame, direkte und praktische Vereinbarung zu erzielen sei. Sie wurden zu einem Nichtangriffspakt mit Hitler getrieben.»

Wiederum hat, einundzwanzig Jahre nach Brest-Litowsk, die gegenrevolutionäre, kapitalistische Interessenpolitik der Westmächte die Sowjetunion zu einem unerwünschten, aber aus Gründen des Selbstschutzes von ihr als unvermeidlich erachteten Vertrag mit Deutschland gezwungen. Und wiederum ist es die Sowjetunion, die beschuldigt wird, Verrat an der Sache des Friedens geübt zu haben. Merkwürdig verkehrte Geschichtsbetrachtung! Die Tatsache selbst kann sie freilich nicht umkehren, daß die ursprüngliche und entscheidende Verantwortung für Rußlands Verhalten bei den *Westmächten* liegt, und daß die Politik der Sowjetunion nur die – vielleicht falsche, auf jeden Fall aber naheliegende und unschwer verständliche – Reaktion auf die klassenmäßig bedingte Haltung Frankreichs und Großbritanniens ist.

IV.

Auf diesem ganzen Hintergrunde muß man das *heutige* Verhältnis der Sowjetunion zu ihren früheren Alliierten ansehen. Denn weit entfernt, einer prinzipiell neuen Haltung Platz zu machen, ist nach einer (von der Sowjetregierung leider so gar nicht ausgenützten) Zeit gefühlsmäßiger Bewunderung der russischen Kriegsleistungen *die alte antisozialistische Grundeinstellung* in den westlichen Demokratien abermals mit Macht durchgebrochen. Wie nach dem ersten Weltkrieg, so überschwemmt auch jetzt wieder eine gegenrevolutionäre Flut fast die gesamte außerrussische Welt. Mag die Nachkriegspolitik der Sowjetunion ihre Ausbreitung begünstigt haben – hervorgerufen hat sie sie nicht. Rußland muß damit als mit einer vorläufig nicht zu ändernden Tatsache einfach rechnen. Es muß anerkennen, daß eine wirkliche internationale Rechts- und Friedensordnung heute ebensowenig möglich ist, wie sie es in den dreißiger Jahren war, und aus denselben Gründen: weil eben die dem kapitalistischen Regime innewohnenden Kriegskräfte jede solche Friedensordnung sprengen oder von vorneherein unmöglich machen. Und es muß sich darum gegen die Folgen der politischen Anarchie, die aus der wirtschaftlichen Anarchie fließt, zu schützen suchen – und tut das auch auf doppelte Weise. Einmal indem es sich innerhalb der Vereinten Nationen gegen die sonst unvermeidliche Majorisierung durch die kapitalistischen Staaten und die mit diesen gemeinsame Sache machenden anderen Länder sichert. Lieber eine mangelhafte, weil auf die Übereinstimmung der Groß-

mächte angewiesene Weltorganisation als eine scheinbar wirksame, mit Zwangsgewalt auch gegenüber den Großmächten ausgestattete «Rechtsordnung», die einen führenden Mitgliedstaat systematisch vergewaltigt! Wer unter den heutigen Umständen das Vetorecht abgeschafft wissen will, der will einfach, daß sich die Sowjetunion einer Übermacht von Staaten ausliefert, die bei jeder wichtigeren Gelegenheit seit einem Menschenalter bewiesen haben, daß sie den Lebensinteressen der Sowjetunion nicht gerecht zu werden vermögen.

Der andere Selbstschutz Rußlands besteht darin, daß es mit militärischen, politischen und wirtschaftlichen Mitteln einen eigenen übernationalen Großraum aufzubauen sucht, der so gut als möglich auf eigenen Füßen stehen, von den Erschütterungen der kapitalistischen Welt unberührt bleiben und nötigenfalls einem neuen kriegerischen Angriff von außen standhalten könne. Dieser Gedanke steht namentlich auch hinter der Boykottierung des Marshall-Planes durch Rußland und hinter der neuesten «Kominform»-Strategie.

Indem ich das feststelle, billige ich die russische Nachkriegspolitik keineswegs; ich suche sie einfach zu *erklären*. Ich kann natürlich nichts machen, wenn man mich deswegen als «prorussisch» oder «Kryptokommunisten» abstempelt und mich, wie es auch Pfarrer Trautvetter wieder tut, zu denen zählt, die trotz ihrem (offenbar nicht ernst genommenen) Bekenntnis zur kollektiven Sicherheit «nun auf einmal die ganze glaubenslose und unernste Hinterhältigkeit, mit der die Russen das System der kollektiven Sicherheit sabotieren, mit ihrem nationalen Sicherheitsbedürfnis zu entschuldigen versuchen». Aber darauf kommt es ja schließlich auch nicht an. Mir genügt es – und ich kann mich dafür auf zahlreiche mündliche und schriftliche Äußerungen berufen –, daß ich in Wahrheit die kollektive Sicherheit auch für Rußland, und gerade für Rußland, immer als die einzige Rettung bezeichnet habe und es schmerzlich empfinde, daß die Sowjetunion, aus Schuld der Westmächte, daran einfach nicht mehr glauben kann (es gibt Fälle, wo andere Menschen daran schuld sind, daß einer den Glauben verloren hat!). Ich bin oft genug auch über den ganzen demagogischen Verkehrston und die ausweichende Verhandlungströlerei erbost, die bei den Russen üblich geworden sind. Und ich beklage besonders tief, daß die Sowjetunion ihrem Streben nach Sicherheit die Freiheit in einem Grad opfert, der durch keine äußere Bedrohung mehr entschuldigt werden kann. Auch wenn man das grundsätzliche Mißtrauen der Sowjetunion gegenüber den Friedenskräften einer kapitalistischen oder mit dem Kapitalismus noch immer eng verbundenen Welt teilt, so könnte man sich doch ein ganz anderes Auftreten der Sowjetunion denken und insbesondere eine wesentlich andere Haltung der russischen Kommunisten gegenüber den ehrlich demokratischen und sozialistischen Kräften in den Völkern draußen, jenen Kräften, die zuletzt

der beste Schutz der Sowjetrepublik vor einem kapitalistisch-imperialistischen Krieg wären.

Aber wenn das wieder einmal gesagt ist, muß mit Nachdruck auch wiederholt werden, was für mich die handgreifliche Wahrheit ist: daß Rußland, menschlich geredet, tausendfach Grund hat, sich in seiner Sicherheit bedroht zu fühlen. Die Mächte, die seit dreißig Jahren auf die Zerstörung der Sowjetrepublik aus sind, haben ganz und gar nicht abgerüstet, ja sie verfügen heute über Hilfsmittel, denen gegenüber alle früheren Kriegsunternehmungen gegen Rußland als kindlicher Dilettantismus erscheinen. Von den Kriegsrüstungen der Vereinigten Staaten insbesondere kann man sich schwerlich eine übertriebene Vorstellung machen. Wenn man z. B. liest, was Oswald Garrison Villard, der alte amerikanische Liberale und Friedenskämpfer, in seiner Flugschrift «Wie Amerika militarisiert wird» an recht eigentlich niederschmetternden Tatsachen über die amerikanischen Kriegsvorbereitungen zusammenstellt; wenn man sich von ihm zeigen lassen muß, «wie vollständig die Vereinigten Staaten mit ihrer Vergangenheit gebrochen haben auf dem Weg, eine der am meisten militarisierten Nationen neuerer Zeiten zu werden» – dann kann man allermindestens die Militarisierung Rußlands nicht mehr für so «beispiellos» ansehen, wie das Pfarrer Trautvetter tut. Die auf viele Jahre hinaus gesicherte militärische Überlegenheit Amerikas über die Sowjetunion ist auf alle Fälle eine nicht wegzuleugnende Tatsache; und daß die amerikanischen Rüstungen einzig und allein gegen Rußland gerichtet sind, daß namentlich auch die jetzt mit amerikanischem Geld so großzügig durchgeführte Bewaffnung und Ausrüstung Griechenlands und der Türkei es den Vereinigten Staaten ermöglichen soll, «den Hauptstoß gegen Rußland zu führen, wenn der unvermeidliche Krieg mit diesem Lande kommt» (wie sich nach Villard ein höherer Offizier im amerikanischen Kriegsministerium ausgedrückt hat), das weiß man selbstverständlich in Moskau am allerbesten.

Früher war man sich unter Pazifisten darüber einig, daß eine Rüstungs- und Militärpolitik von dem phantastischen Ausmaße der amerikanischen eine Kriegsgefahr ersten Ranges darstelle. Heute sucht man uns glauben zu machen, die große Kriegsgefahr liege umgekehrt bei demjenigen Staate, gegen den diese Drohung gerichtet ist, und der seinerseits der Bedrohung nicht mit ebenbürtigen Waffen antworten kann.

Früher war man sich in unseren Kreisen klar darüber, daß ein Rüstungsapparat von der Mächtigkeit und technischen Vollendung des amerikanischen schon an und für sich, noch ganz abgesehen von seinem Zweck, die schwerste Gefahr in sich berge, einmal ganz von selbst in Bewegung zu geraten und den Krieg auszulösen, zumal wenn ein Teil seiner Konstrukteure und ein wachsender Teil der öffentlichen Meinung des betreffenden Landes bereits von der «Unvermeidlich-

keit» dieses Krieges überzeugt sind. Heute soll das alles keine entscheidende Bedeutung mehr haben und die riesenhafte amerikanische Kriegsmaschine darin ihre (relative) Berechtigung finden, daß sie eben der Abwehr gegen «die der Diktatur (in Rußland) wesensmäßig innewohnende Kriegsdrohung» diene.

Da sage ich nun einfach aus ganz klarer Überzeugung nein! Da mache ich nicht mit. Das ist gröbste Verzerrung des wirklichen Bildes der Weltlage. Und zwar ist es nicht nur die Kriegsbereitschaft Amerikas als solche, die mich tief beunruhigt; es ist noch mehr das Wissen um die *dahinter* wirkenden Kräfte – die gewaltigen, selbstbewußten Kräfte eines Volkes, das unter dem Krieg so gut wie überhaupt nicht gelitten hat, dessen Geschäftsleute sich am vergangenen Krieg maßlos bereichert haben, so daß sie einen neuen Krieg durchaus nicht fürchten, sondern nur von der einen Angst geplagt werden, daß die gegenwärtige Hochkonjunktur einmal aufhören könnte, und die beim Herannahen einer Wirtschaftskrise leicht versucht sein könnten, in einer erneuten Kriegskonjunktur ihre Rettung zu erblicken. *Das* beschäftigt mich unablässig, und ich denke, es sollte jeden Menschen beschäftigen, der die Kriegskräfte konkret erfassen und identifizieren will.

Die demokratischen und friedensfreundlichen Losungen, mit denen die im modernen Kapitalismus wirkenden Kriegskräfte ihr wahres Wesen zu vernebeln trachten, sollten uns keinen Augenblick irreführen, ebensowenig wie wir an den demokratiewidrigen Tatsachen des russisch-kommunistischen Staatssystems hängen bleiben dürfen, die für so viele völlig genügen, um die *Sowjetunion* als den großen Weltfeind erscheinen zu lassen. Angesichts der herausfordernden Ungerechtigkeit und gehässigen Leidenschaftlichkeit, aus der heraus heute in aller Welt Rußland be- und verurteilt wird, halte ich es, unbekümmert um die Etiketten, die man mir anklebt, einfach für meine Pflicht, soweit ich zu Worte komme, meine Stimme zugunsten dessen zu erheben, was ich als wahr erkannt habe – niemandem zulieb, niemandem zuleid, nur weil mein Gewissen mich dort reden heißt, wo Schweigen Verrat wäre.

Hugo Kramer.

Zum russischen Problem

In Rußland — aber nicht nur dort! — ist heute der Geist des Bösen obenauf. Es folgt bestimmt auch dessen Sturz wie in Deutschland. Erst triumphiert diese Macht über das Gute, dann kommt die Wende. Es ist den Menschen und Völkern von Gott die uneingeschränkte Freiheit gegeben, alle Güter dieser Erde, die geistigen wie die materiellen, zu ihrem besten Nutzen zu gebrauchen, nachdem er sie alle, besonders wenn sie vom Christentum berührt worden sind, sein Gebot über deren Verwendung hat wissen lassen. Sie wissen also